

# Neugewählte Volksvertretungen haben die volle Unterstützung unserer Partei

Von Günter Böhme,

stellvertretender Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED

Mit überwältigender Einmütigkeit wählten die Bürger der DDR am 6. Mai dieses Jahres 202 757 Frauen, Männer und Jugendliche aus ihrer Mitte zu Abgeordneten der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen.

Die neugewählten Volksvertreter beginnen ihre Tätigkeit auf dem guten Fundament des uneingeschränkten Vertrauens ihrer Wähler, das sie sich durch ihre Arbeit, ihren gesellschaftlich engagierten Einsatz und ihre Reife erwarben. Mit dem Wahlergebnis erhielten sie den eindeutigen Auftrag: all ihre Fähigkeiten und Erfahrungen einzusetzen, um einen größtmöglichen Beitrag zur weiteren erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED, des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu leisten.

Die Fortführung der auf das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens gerichteten Politik stellt hohe Anforderungen an alle örtlichen Volksvertretungen, ihre Organe sowie jeden Abgeordneten. Immer besser gilt es, die zunehmende Verantwortung für die Lösung gesamtstaatlicher Aufgaben wahrzunehmen, durch eine kluge sozialistische Kommunalpolitik weitere innere Wachstumsquellen im Sinne der Wirtschaftsstrategie unserer Partei zu erschließen und die Bedingungen für das Wohlbefinden der Bürger in den Städten und Gemeinden auch künftig zu verbessern. Die dafür notwendige Qualität der Arbeit vom ersten Tage an zu erreichen, darauf wird sich die Unterstützung aller Leitungen und Grundorganisationen unserer Partei gegenüber den Volksvertretungen konzentrieren.

## Örtliche Reserven für Leistungsanstieg

Die Beratung des ZK der SED und des Ministerrates der DDR mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise am 1. und 2. März 1984 in Berlin legte in Auswertung der 7.ZK-Tagung und der Rede des Genossen Erich Honecker auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz die Aufgaben auf kommunalpolitischem Gebiet fest. Jetzt geht es darum, im Verantwortungsbereich jeder örtlichen Volksvertretung unter direkter Mitwirkung der Abgeordneten abrechenbar die Schwerpunkte im 35. Jahr des Bestehens unserer Republik in Angriff zu nehmen, um die Verpflich-

tungen, die die Vorsitzenden der Räte der Kreise in ihrem Brief an den Generalsekretär des ZK der SED übernommen haben, exakt einzulösen. In allen Kreisen, Städten und Gemeinden sollten die neugewählten Volksvertretungen dazu einen Maßnahmenplan beschließen. Jede ständige Kommission, jeder Abgeordnete muß wissen und verstehen, worauf es im Kampf um die Erfüllung und gezielte Überbietung des Volkswirtschaftsplanes, im sozialistischen Wettbewerb und in der Bürgerinitiative „Mach mit“ besonders ankommt.

Durch welche örtlichen Reserven kann der Leistungsanstieg in den Kombinat, Betrieben und Genossenschaften wirkungsvoll unterstützt werden? Welche Kräfte müssen mobilisiert werden, um diese Reserven zu erschließen?

In der Stadt Frankfurt (Oder) wuchs beispielsweise die Produktion in 5 Jahren durch territoriale Rationalisierung um 71,8 Millionen Mark. 1040 Arbeitskräfte wurden vorwiegend für den Einsatz im gleichen Betrieb zur Erhöhung der Mehrschichtarbeit gewonnen. Diese Erfahrungen berücksichtigend, wollen die Stadtverordneten die Gemeinschaftsarbeit mit und zwischen den Betrieben sowie wissenschaftlichen Einrichtungen verstärkt fördern, um Rationalisierungsmittel für das kreisgeleitete Bauwesen zu schaffen. Volksvertreter unterstützen das Möbelwerk bei seiner Leistungsentwicklung, ihm soll mehr Produktionsfläche zur Verfügung gestellt werden durch effektivere Nutzung von in der Stadt Vorhandenem.

Im Kreis Beeskow wollen die örtlichen Volksvertretungen mit Hilfe des Rationalisierungsmittelbaus in den Betrieben die breite Anwendung eines Neuerer-vorschlages zur kostengünstigen Gewinnung von Seeschlamm organisieren mit dem Ziel, die Wasserqualität zu verbessern, die Fischproduktion zu erhöhen und die Bodenfruchtbarkeit zu steigern. Von gleicher Bedeutung sind Maßnahmen der Volksvertretungen zur Erledigung berechtigter Bürgeranliegen, die sich aus der Analyse der Vorschläge, Hinweise und Eingaben ergeben. Worauf sind die planmäßig zur Verfügung stehenden Mittel zu konzentrieren, um kurzfristig sichtbare Veränderungen herbeizuführen? Welche eigenen, zusätzlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen, um in Ordnung zu bringen, was noch nicht in Ordnung ist?